

**Rede
von**

Axel Brammer, MdL

zu TOP Nr. 15

Abschließende Beratung

Artensterben aufhalten - Insekten schützen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/650

während der Plenarsitzung vom 14.11.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich bin froh, dass wir diesen Antrag heute endlich beschließen werden. Lange wurde dem Artensterben bei den Insekten wenig Beachtung geschenkt. Noch vor zwei Jahren wurde dieses Thema auch hier im Hause belächelt. Das ist mittlerweile anders geworden. Die Realität hat uns eingeholt. Das war ja auch nur eine Frage der Zeit.

Ich habe bei der Einbringung des Antrages am 20. April meine Rede mit den Worten beendet: Ich freue mich auf konstruktive Beratungen im Ausschuss. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Beratungen im Ausschuss waren in der Tat konstruktiv. Zunächst hat die Anhörung im Ausschuss - allerdings mit einer merkwürdigen Ausnahme - die Notwendigkeit dieses Antrages nachhaltig bestätigt. Auch die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und deren Beantwortung hat meines Erachtens diese Diskussion bereichert. Ich freue mich, dass es eine klare Mehrheit für diesen Antrag gibt. Es gab zumindest keine Gegenstimmen.

Ich kann die Kolleginnen und Kollegen der FDP nur bitten, heute diesem Antrag zuzustimmen. Dann sind wir ein ganzes Stück weiter. Es geht darum, einen breiten Dialog anzuschieben. Das können wir nur gemeinsam. Denn eines ist klar: Der uns vorliegende Antrag kann nur ein erster Schritt sein, eine Entwicklung zu verhindern, die keiner will. Das ist in den Verhandlungen im Fachausschuss sehr deutlich geworden. Wir übermitteln der Landesregierung mit diesem Antrag einen Maßnahmenkatalog, der es durchaus in sich hat. Verantwortlich ist dann nicht nur das Umweltministerium, nein, auch das Landwirtschaftsministerium ist erheblich gefordert.

Minister Lies hat in seiner Rede am 20. April auch schon deutlich gemacht, dass dieses Thema ressortübergreifend angegangen wird. Aber auch jeder Einzelne von uns hat seinen Beitrag zu bringen. Das gilt für die Kommunalpolitiker unter uns, die sehr viel erreichen können, wenn sie vor Ort versuchen, die in den Punkten 8, 9, 13 und 14 formulierten Ziele politisch umzusetzen. Der Punkt 15 geht uns alle an. Es wird nicht einfach sein, einen landesweiten Dialogprozess

zwischen allen Beteiligten auf den Weg zu bringen. Wer sich - wo auch immer - verweigert, gefährdet den Erfolg.

Zu lange wurde von allen Seiten immer wieder polarisiert. Das muss ein Ende haben. Alle Beteiligten müssen an einen Tisch. Wir brauchen zu diesem Thema eine breite Öffentlichkeitsarbeit. Neben der im Antrag erwähnten Wirtschaft und Landwirtschaft sowie den Naturschutzverbänden und Kommunen sind alle Bürgerinnen und Bürger gefordert. Wir müssen alle gemeinsam unser Verhalten überdenken. In unseren Gärten müssen wir der Natur ausreichend Raum für ihren Bestand geben. Kommunale Flächen können intensiver für den Erhalt der Artenvielfalt genutzt werden. Die zunehmende Versiegelung von Flächen muss beschränkt werden.

Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir beispielsweise Veränderungen und damit einhergehende Einschnitte bei der Landwirtschaft bekommen werden. Dazu müssen wir aber auch bereit sein, dass die Landwirte für ihre Arbeit trotzdem anständig bezahlt werden. Viele Landwirte sind heute schon Sklaven auf der eigenen Scholle. Wir müssen Mittel und Wege finden, dass die Preise von Lebensmitteln die wirkliche Leistung unserer Landwirtschaft abbilden. Dieser Prozess mit allen Beteiligten ist spannend und eine Herausforderung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, helfen Sie, dass alle demokratischen Kräfte in diesem Parlament diesen spannenden und notwendigen Prozess als Herausforderung sehen und gemeinsam auf den Weg bringen! Alles, was wir gemeinsam hinbekommen, muss am Ende nicht gesetzlich geregelt werden. Wenn dennoch etwas geregelt werden muss, wäre es gut, wenn wir bei den Betroffenen auf Akzeptanz stoßen. Viel Zeit bleibt uns nicht mehr.

Minister Lies hat am 20. April schon gesagt: Bestäubungsaktionen wie in China wollen wir nicht. - Wir könnten ja statt der früheren allgemeinen Wehrpflicht ein verbindliches Bestäubungsjahr für alle Schulabgänger einführen!

Für mich als Pazifist wäre das ein ganz guter Tausch. Aber ich glaube, das will wohl niemand.

Lassen Sie uns dafür sorgen, dass die für die Bestäubung unserer Pflanzen wichtigen Insekten auch den dafür erforderlichen Lebensraum erhalten!
In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

Vielen Dank.